

ANDRÁSSY  
UNIVERSITÄT  
BUDAPEST

DONAU-INSTITUT

FÜR INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG BUDAPEST



SZÉCHENYI TERV

# Donau-Institut Working Papers

Dr. Christopher Walsch

## Ohne Bodenhaftung. Ungarns Mühen mit der Marktwirtschaft seit dem politischen Wandel 1990

Donau-Institut Working Paper Nr. 1.

2012

ISSN 2063-8191

Nemzeti Fejlesztési Ügynökség

[www.ujszechenyiterv.gov.hu](http://www.ujszechenyiterv.gov.hu)

06 40 638 638



MAGYARORSZÁG MEGÚJUL



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TAMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

**Dr. Christopher Walsch**

*Ohne Bodenhaftung. Ungarns Mühen mit der Marktwirtschaft seit dem politischen Wandel 1990*

Donau-Institut Working Paper Nr. 1.

2012

ISSN 2063-8191

Edited by the Donau-Institut, Budapest

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's adress and affiliation:

*Dr. Christopher Walsch*

Senior Research Fellow / Andrassy Universität Budapest

E-Mail: [christopher.walsch@uni.corvinus.hu](mailto:christopher.walsch@uni.corvinus.hu)

© by the author(s)

## **Inhalt**

1. Einführung .....	1
2. Integration und Wachstum 2001 bis 2008 und Ungarn in der Wirtschaftskrise .....	3
3. Politische Ursachen der Wirtschaftskrise in Ungarn.....	4
4 .Zugrunde liegende Werte .....	6
5. Werte und politische Kultur: Erfahrungen in vergleichender Perspektive .....	10
6. Werte und Bildung: Erfahrungen in vergleichender Perspektive .....	12
7. Schlussbetrachtung .....	14

## 1. Einführung\*

Seit dem Regierungswechsel 2010 ist in Ungarns Politik eine heftige Diskussion zu grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Positionen entbrannt. Nach acht Jahren sozialdemokratisch-liberal geführten Regierungen und einer insgesamt zwanzig Jahre andauernden liberalen Ära 1990 bis 2010 scheint sich seither ein grundlegender Richtungswechsel anzubahnen. Er gründet im Unbehagen der neuen national-konservativen Elite mit dem globalen kapitalistischen System im Allgemeinen und mit ihrer ungarischen Variante, so wie sie von den Vorgängerregierungen praktiziert wurde, im Besonderen. Die Kritik, in populistischer Überzeichnung, lautet, dass illegitime und korrupte politische Eliten mit willkürlich und unbeschränkt agierendem Kapital (insbesondere Finanzkapital) Hochzeit feierten, und diesem Umstand im Interesse der großen Mehrheit der ungarischen Bevölkerung ein Ende zu bereiten sei.

Auch die Zunft der Ökonomen in Ungarn beteiligt sich lebhaft an dieser Diskussion. Die national-konservative Position ist in dem neuen, seit November 2010 zweimonatlich erscheinenden Periodikum „Hungarian Review“ vertreten.<sup>1</sup> Der prominenteste Publizist darin ist Péter Ákos Bod, ein früherer Finanzminister und Direktor der Ungarischen Nationalbank. In Bods Beitrag „The unloved Hungarian Capitalism. More than just the proverbial blues“ [Der ungeliebte ungarische Kapitalismus. Mehr als nur die sprichwörtliche Schwermut] fungieren Ungarns Mühen mit der Marktwirtschaft seit dem politischen Wandel 1990 als These und hinreichende Legitimation für die interventionistische Wirtschaftspolitik der 2010 gewählten Regierung Orbán. Zitat Bod: „Seit den finanziellen Turbulenzen in den Jahren 2007 bis 2009 hat der Wechsel der Werte, Wünsche und Sorgen der Wähler eine Neudefinition der Rolle des Staates erforderlich gemacht. Unregulierter globaler Kapitalismus ist auf dem Rückzug, und es besteht ein Bedarf nach Re-Regulierung.“<sup>2</sup>

Einen Gegenpol in der Diskussion bietet der ungarische Ökonom János Kornai mit zwei Beiträgen in „Népszabadság“ – jeweils am Jahresbeginn 2011 und 2012 – betitelt „Kassensturz“ und

---

\* Der Autor wurde im Rahmen des Projektes TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 unterstützt.

<sup>1</sup> Hungarian Review basiert seinerseits auf der schon länger erscheinenden konservativ ausgerichteten Zeitschrift „Magyar Szemle“ [Ungarische Rundschau].

<sup>2</sup> Péter Ákos Bod, The unloved Hungarian Capitalism. More than just the proverbial blues [Der ungeliebte ungarische Kapitalismus. Mehr als nur die sprichwörtliche Schwermut], Hungarian Review Vol. II, No. 4 (July 2011), 24-35. Das Zitat auf Seite 34 im englischen Original: „Since the financial turbulences of 2007 through 2009, changes in the values, wishes and worries of the voters have necessitated a *redefinition of the role of the state*. Unregulated global capitalism is on the retreat, and re-regulation is called for.“ Die kursive Hervorhebung besteht im Original. Mit den finanziellen Turbulenzen 2007 bis 2009 verweist Bod auf die spezifisch ungarische Situation, als die Regierung Gyurcsány sowohl 2007 wie auch im Herbst 2008 wegen zu hoher Ausgaben und daraus resultierender Defizite zu drastischen Sparmaßnahmen greifen musste.

„Zentralisierung und kapitalistische Marktwirtschaft“.<sup>3</sup> Nach Kornai hat das Land, wie er in „Kassensturz“ schreibt, durch die Änderungen seit 2010 das Feld der liberalen Werteordnung im Hinblick auf Grundwerte wie Demokratie, freie Medien und Rechtsstaatlichkeit verlassen. Mit Bezug auf die Wirtschaftspolitik nehme die Koordination durch die nationale Bürokratie immer mehr zu. Diese habe, so Kornai, die Effizienz des ungarischen Kapitalismus reduziert, vor allem aufgrund eines „traurig geringen Niveaus an Professionalität“ in der Wirtschaftspolitik.<sup>4</sup> Im neueren der beiden Beiträge vergleicht Kornai theoretisch und praktisch am Beispiel Ungarns die Vor- und Nachteile horizontaler Koordination, wie sie für freie Marktwirtschaften charakteristisch ist, und hierarchischer, vertikaler Koordination, wie sie in gelenkten Demokratien vorherrscht.<sup>5</sup> Kornai verweist dabei auf die Schwierigkeiten und den Vertrauensverlust, auf die der zentralisierte, illiberale Staat Ungarn mit seiner sprunghaft intervenierenden Wirtschaftspolitik in einer kapitalistischen Weltordnung zusteuert.<sup>6</sup>

Für meinen Teil möchte ich den Blick auf die politischen Ursachen der Wirtschaftskrise in Ungarn lenken und nach längerfristigen Ursachen fragen, die das heutige Unbehagen begründen. Es wäre, meine ich, das selbstkritische Hinterfragen der eigenen politischen Kultur und die Reform zentraler gesellschaftlicher Institutionen, etwa des Bildungssystems, notwendig, die Gesellschaft und Wirtschaftsordnung einander näher bringen könnten.

In diesem Beitrag werde ich zu Beginn einen kurzen Überblick über die Wirtschaftsentwicklung Ungarns in den vergangenen zehn Jahren geben und dabei auf die Integration und das Wachstum 2001-2008 sowie auf die Kennzeichen der Wirtschaftskrise in Ungarn eingehen. Sodann suche ich nach den politischen Ursachen der Krise, wobei grundlegende Aspekte der Wirtschaftspolitik der vergangenen zwanzig Jahre vorgestellt werden. Der Leser sollte so die Ursache-Folge-Beziehung zwischen der Politik und der tatsächlich eingetretenen wirtschaftlichen Lage besser nachvollziehen können. Im darauf folgenden Teil grabe ich eine Schicht tiefer und stelle einige Werte und Haltungen der ungarischen Gesellschaft 1991 und 2009 vor. Daraus soll deutlich werden, dass es im Land eine steigende Zahl an Menschen gibt, die meinen, dass sie vom liberalen Wirtschaftssystem wenig profitieren und in diesem Zusammenhang auch das liberale politische System in Frage stellen. In den

---

<sup>3</sup> János Kornai, Számvetés [Kassensturz], in: Népszabadság, 6. Jänner 2011. János Kornai, Központosítás és kapitalista piacgazdaság [Zentralisierung und kapitalistische Marktwirtschaft], in: Népszabadság, 28. Jänner 2012. Beide Beiträge Kornais sind auf seiner Homepage <http://www.kornai-janos.hu/KornaiJ-home-English.html> im Volltext in ungarischer und englischer Sprache einsehbar.

<sup>4</sup> Kornai, Számvetés [Kassensturz], 2-5, Zitat 5. Der ganze Satz des Zitats im englischen Original: „A sadly low level of professionalism has seeped into the creation of the economic policy.“

<sup>5</sup> Kornai, Központosítás [Zentralisierung], 2-5.

<sup>6</sup> Ebenda, insbesondere Abschnitte '„Coexistence“ that undermines trust' (11-14) und 'Arbitrary state action and market reactions' (14-16).

zwei abschließenden Abschnitten möchte ich schließlich die politische Kultur des Landes und den Bereich Bildung kritisch hinterfragen, indem ich vergleichend analysiere, wie etwa die deutschsprachigen Länder diese Institutionen in Zeiten des Kapitalismus ausrichten – Länder, die mit dem Wirtschaftssystem wesentlich besser zurecht kommen als Ungarn.

## **2. Integration und Wachstum 2001 bis 2008 und Ungarn in der Wirtschaftskrise**

Wie alle neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) schrieb auch Ungarn im letzten Jahrzehnt seine Geschichte der Integration in einen europäischen Markt und in europäische politische Strukturen fort – eine Erfolgsgeschichte, die keinen Vergleich zu scheuen braucht. Die politische Integration und die im wirtschaftlichen Bereich, im Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalaustausch, sowie die weitgehend vollendete Freizügigkeit der Arbeit im europäischen Kontext sind in diesem Ausmaß ohne Vorbild. Wirtschaftlich gesehen sind Integration im Handel, Spezialisierung in Exportgütern, die initiiert wurden durch ausländische Direktinvestitionen und die grenzüberschreitend von Facharbeitskräften produziert werden, das sichtbare Ergebnis von Aufholprozessen in der Produktivität und von vielfältigen Strukturänderungen, die zu nennenswerten West-Ost-Konvergenzen führten.<sup>7</sup> Kapitalistisches Wachstum ist und war auch in diesem Fall eine gute Nachricht für jüngere Facharbeitskräfte und für westlich gelegene Regionen und jene mit städtischen Agglomerationen; und problematisch für ländliche, periphere Regionen und die unausgebildeten oder älteren Arbeitskräfte.<sup>8</sup>

Schlagwortartig seien die wichtigsten Kennzeichen der Wachstumsphase 2001 bis 2008 genannt. Sie führte erstens durch steigende Löhne zu einer hohen Binnenmarktnachfrage. Für Wirtschaftstreibende wie Privathaushalte gab es, zweitens, leichten Zugang zu frischem Geld in Form von Krediten, was insbesondere zu erhöhtem Konsum, aber auch zu neuen Investitionen führte. Drittens wurde die Geschichte der hohen Kapitalflüsse aus dem Ausland fortgeschrieben und damit jene der Integration in europäische und globale Strukturen. Es gab jedoch, viertens,

---

<sup>7</sup> Doris Ritzberger-Grünwald, Julia Wörz, Macroconvergence in CESEE, in: 1989-2009. Twenty Years of East-West Integration: Hopes and Achievements (hg. von Österreichische Nationalbank, Wien 2009), 56-65. Tibor Palánkai, Possibilities of measurement of integration, in: Studies on European Integration. Third issue. Measurement of Integration – Integration Profiles (hg. von ders., Szombathely: Savaria University Press 2010), 9-36.

<sup>8</sup> Michael Landesmann, Twenty Years of East-West Integration: Reflections on What We Have Learned, in: 1989-2009. Twenty Years of East-West Integration: Hopes and Achievements (hg. von Österreichische Nationalbank, Wien 2009) 19-24. Thomas Farole, Andrés Rodríguez-Pose, Michael Storper, Cohesion Policy in the European Union: Growth, Geography, Institutions. Journal of Common Market Studies 49 (2011), 1089-1111.

kontinuierliche Haushaltsdefizite und öffentliche Verschuldung trotz guter Konjunktur. Fünftens: die Lokalwährungen, bescheiden bewertet in den Jahren zuvor, waren stabil oder konnten ihren Wert während der Wachstumsphase steigern.<sup>9</sup> Freilich beobachten wir auch insbesondere zwei strukturelle Merkmale, die nachdenklich machen. Das ist der übermäßig hohe Anteil an Kapital und Investitionen aus dem Ausland verglichen mit einem bescheidenen Kapitalexport seitens ungarischer Unternehmen; sowie die transnationalen Unternehmen als Inseln der Produktivität und Innovation bei gleichzeitig wenigen Verbindungspunkten zu den produzierenden Klein- und Mittelbetrieben in der Region.

Der wirtschaftliche Sündenfall der sozial-liberalen Regierungen waren die fortgesetzten hohen Haushaltsdefizite. Das Land war bereits in einer hausgemachten Budgetkrise als die globale Finanzkrise auch über Ungarn hereinbrach. Dank einer Stand-by-Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Sparmaßnahmen des Technokraten-Kabinetts Gordon Bajnai im Jahr 2009 und in den ersten vier Monaten des Jahres 2010 konnte das Schlimmste verhindert werden. Die Regierung unter Viktor Orbán glaubte, durch massive Steuererleichterungen, Wachstum fördern und somit das Haushaltsdefizit einschränken zu können; ein Konzept, das bis dato zum Leidwesen der Regierung, der Bevölkerung, wie auch des Budgets kaum aufging. Die unkonventionellen Maßnahmen, etwa die Quasi-Konfiszierung von privat gesparten Geldern der Rentenkasse, wie auch das Ringen der Regierung mit der EU im Hinblick auf ein neues Abkommen mit dem IWF, brachten seit 2010 eine ungewöhnliche politische Dynamik in nüchterne budgetpolitische Fragen.

### **3. Politische Ursachen der Wirtschaftskrise in Ungarn**

Worin liegen nun die längerfristigen Ursachen für die Wirtschaftskrise in Ungarn? Ich möchte drei Aspekte nennen. Der Populismus ist wohl die wichtigste Ursache. Sándor Richter vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche überschrieb einen Artikel zur Volkswirtschaft Ungarns in den letzten zwanzig Jahren mit „Im Würgegriff des Populismus“.<sup>10</sup> Tatsache ist, dass die führenden Politiker beider großen politischen Strömungen, die Sozialdemokraten wie die National-Konservativen, die Westorientierung ab 1990 und damit verbunden die Integration in die Europäischen Strukturen immer mit Verheißungen auf die – man möchte fast meinen: automatische – Erhöhung des Lebensstandards verbanden. Sie machten sich damit unausgesprochen zu

---

<sup>9</sup> Die genannten Kennzeichen entnehme ich im wesentlichen Paul Marer, *Toward a New Growth Model in Eastern Europe*, Unveröffentlichtes Typoskript 2011.

<sup>10</sup> Sándor Richter, *Im Würgegriff des Populismus*. Ungarns Volkswirtschaft. *Osteuropa* 61 (Dezember 2011), 213-223.

Nachfolgern des Kádár-Sozialismus, dem das Wohlergehen des Konsumenten das höchste Gut war und der im Schutz des weitgehend planwirtschaftlichen Systems vor nötigen Modernisierungen die Augen verschloss. Der fürsorgende, umverteilende Staat wurde damit auch nach 1990 nicht ernsthaft in Frage gestellt.<sup>11</sup> Im Fall der politischen Linken äußerte sich dies in einer marktliberalen Haltung und Umverteilung nach dem Gießkannenprinzip, im Fall der politischen Rechten in einer aktiv-intervenierenden Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik, ähnlich dem Gaullismus in Frankreich, und einer gezielten Förderung sympathisierender Wählergruppen.<sup>12</sup> Das klassische westeuropäische Schema also, in dem in der Regel eine große Partei oder Gruppe für „weniger Staat“ und damit verbunden für eine geringere Steuerbelastung der Bürger eintritt, ist in Ungarn absent.

Als eigener Punkt oder als weiteres Charakteristikum des Populismus sind die Stop-and-Go-Politiken zu nennen. Ungleich dem westeuropäischen Schema, nämlich, nämlich dass bei Wahlen vieles versprochen wird, nach den Wahlen jedoch ein Kassensturz erfolgt und Wahlversprechen nur teilweise erfüllt werden können, gingen neu gewählte ungarische Regierungen daran, kontinuierlich zu viel Geld auszugeben, wie das 2002 und 2006 der Fall war, oder zu große Steuergeschenke zu machen, so geschehen 2010. Am ehesten gebührt noch der ersten Regierung Orbán eine Medaille bezüglich Haushaltsdisziplin.<sup>13</sup> Seit 2002 war der Überhang an Ausgaben über Einnahmen nicht haltbar. Der Beschleunigung folgten scharfe Bremsungen zur Haushaltskonsolidierung 2007, Ende 2008, im Technokratenkabinett Gordon Bajnai 2009 bis 2010, beziehungsweise schmerzhaft, ruckartige, oft als willkürlich empfundene Ausgaben-Einsparungen seit 2010.<sup>14</sup>

Der größte Brocken waren über zwanzig Jahre hinweg die wenigen Strukturänderungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die OECD-Länderberichte lesen sich beinahe wie Litaneien zu immer wieder denselben Themen Gesundheit, Pensionen, Budget und Arbeit, welche in jedem einzelnen

---

<sup>11</sup> Es waren lediglich die Technokraten Bokros im Jahr 1995 und Bajnai im Jahr 2009, denen die Aufgabe zufiel, kurz vor dem finanziellen Zusammenbruch des Systems massive Sparmaßnahmen durchzuführen. Bokros, der von seinem Premierminister eingebremst wurde, trat sodann auch bald zurück. Bajnai bekundete gleich zu Antritt seiner Übergangsregierung, in den darauf folgenden Wahlen nicht antreten zu wollen. In beiden Fällen sieht es also so aus, dass sie als jene, die den Haushalt ernst nehmen, weder für den Regierungschef akzeptabel sind noch für sich die Rolle beanspruchen wollen, für das Volk wählbar zu sein.

<sup>12</sup> Zu den beiden großen politischen Parteien und ihren Modernisierungsstrategien siehe Jürgen *Dieringer*, Ungarn in der Nachbeitrittskrise, in: *Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte* 29-30/2009 (13. Juli 2009), 6-11; online abrufbar unter <http://www.bpb.de/system/files/pdf/KGNLSN.pdf>

<sup>13</sup> Im Wahlkampf 2002 machte der unterlegene Fidesz freilich ähnlich umfangreiche, wenn nicht noch größere Versprechungen wie die siegreichen Sozialdemokraten.

<sup>14</sup> Zur Willkürlichkeit: Michaela *Seiser*, Ungarns unberechenbare Wirtschaftspolitik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (4. Januar 2012) 9.

Bericht der vergangenen zehn Jahre kritisch beurteilt werden.<sup>15</sup> Es lässt sich beispielsweise der Bereich Arbeit herausheben: die Erwerbstätigenquote ist in Ungarn 50 Prozent bei gleich bleibender Tendenz, im EU-Durchschnitt 65 Prozent und steigend.<sup>16</sup> Das Pensionsantrittsalter ist 56 Jahre. Die Erwerbstätigenquote für Personen zwischen 55-64 Jahren ist mit 33 Prozent unter den niedrigsten in der Europäischen Union. 3,3 Millionen Ungarn sind Pensionsbezieher. Dergleichen ist unverhältnismäßig und reformbedürftig, und das seit vielen Jahren.<sup>17</sup>

Zusammenfassend lässt sich zu den Themenkreisen Staat – Markt – Wirtschaftspolitik aufgrund der Forschungsarbeiten von Dorothee Bohle sagen, dass die Beibehaltung des überdimensionierten Sozialstaates eine Strategie der demokratischen politischen Eliten war, den Massen die Transformation zur Marktwirtschaft schmackhafter zu machen, insbesondere unmittelbar nach der Systemtransformation. Der positive Impetus blieb dank weiterer wirtschaftlicher Integration und der Aussicht auf den EU-Beitritt erhalten, und sicherte so die Zustimmung zum demokratisch-kapitalistischen System. Es war erst die globale Wirtschaftskrise, die zu Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts einsetzte, die die Fragilität und Exponiertheit der jungen Demokratien verschärfte – ein Umstand, der sich auch in den Meinungen breiter Bevölkerungsschichten niederschlug.<sup>18</sup>

#### 4 .Zugrunde liegende Werte

Wir haben also eine komplexe Gemengelage mit Erwartungen der Bevölkerung an den Staat, der diese nur mangelhaft erfüllt. Ich möchte in diesem Abschnitt einige Werte der Studie „Zwei Dekaden nach dem Mauerfall“ (Originaltitel: Two Decades After the Wall's Fall) präsentieren. Das amerikanische Pew Research Center hat im Rahmen des Global Attitudes Project 1991 über 12.000 und 2009 über 14.000 Erwachsene nach einigen grundlegenden Ansichten befragt.<sup>19</sup> Vier sollen hier präsentiert werden und im Anschluss daran fünf Werte einer weiteren Studie. Die neun Tabellen

---

<sup>15</sup> *Organization for Economic Cooperation and Development*, OECD Economic Surveys: Hungary 2012 (OECD Publishing), sowie die Economic Surveys zu Ungarn 2010, 2008, 2005 und 2002. Insbesondere die Bereiche der Sozial- und Wirtschaftspolitik wie Arbeit, Klein- und Mittelbetriebe, Innovation, Verwaltungsreform und Budget werden immer wieder aufgegriffen.

<sup>16</sup> Die Daten gelten für 2009 und der Trend für die Dekade 2000-9. Eurostat Pressemitteilung 117/2010, 4. August 2010, 1. Abrufbar unter [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-04082010-BP/DE/3-04082010-BP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-04082010-BP/DE/3-04082010-BP-DE.PDF) (30. Mai 2012).

<sup>17</sup> ebenda. Zahl der Pensionsbezieher aus: László Csaba, The Challenge of Growth. Hungarian Review Vol. II., No. 3 (May 2011), 34.

<sup>18</sup> Dorothee Bohle, East European Transformations and the Paradoxes of Transnationalization. EUI Working Papers SPS 2010/01 (Florenz: European University Institute Department of Political and Social Sciences). Abrufbar unter [http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/13346/SPS\\_2010\\_01.pdf?sequence=1](http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/13346/SPS_2010_01.pdf?sequence=1).

<sup>19</sup> *Pew Global Attitudes Project*, Two Decades After the Wall's Fall. End of Communism Cheered but now with more Reservations (Washington, D.C. 2009), <http://www.pewglobal.org/files/pdf/267.pdf> (abgerufen am 15. April 2012).

finden sich im Anhang dieses Beitrages. Den Schluss dieses Abschnittes bildet eine Interpretation der Werte im europäischen Vergleich.

Die Zustimmung zu Demokratie (Tabelle 1) ist 1991 und 2009 in vielen postkommunistischen Ländern von einer großen Mehrheit getragen. Dabei hat sich der Zustimmungswert in Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik um einige wenige Prozentpunkte erhöht, in Ungarn, Bulgarien und Litauen ist er um etwa zwanzig Prozentpunkte gefallen. Die Zustimmung zum Kapitalismus (Tabelle 2) ist 1991 und 2009 in Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik wieder von einer großen Mehrheit getragen, bei leichter Abnahme der Zustimmung; in Ungarn, Bulgarien und Litauen 2009 nur mehr von einer Minderheit. Die Zustimmung fiel um zwanzig, im Fall Ungarns um über dreißig Prozentpunkte. Heute bessere oder gleiche Lebensverhältnisse als im Kommunismus (Tabelle 3) reklamieren für sich eine Mehrheit der Polen und Tschechen, gleich gute Lebensverhältnisse geben Slowaken und Litauer an, schlechtere Bulgaren und wesentlich schlechtere als Rangletzte Ungarn. Über siebzig Prozent der Ungarn sagen, es ginge ihnen schlechter als im Kádár-Kommunismus. Die Zustimmung zu "demokratische Regierung" im Unterschied zu „starke Führungspersönlichkeit“ (Tabelle 4) ist mit achtzig Prozent Zustimmung überragend in ganz Westeuropa sowie in der Slowakei und in der Tschechischen Republik. Sie ist mit rund sechzig Prozent stark in Polen. Ungarn ist in dieser Gruppe Letzter mit der Zustimmung nur einer Minderheit, nämlich vierzig Prozent. Die Hälfte der Ungarn und Litauer, sowie eine große Mehrheit der Bulgaren hingegen bevorzugen eine "starke Führungspersönlichkeit" statt einer demokratischen Regierung.<sup>20</sup>

Weiters sollen hier fünf Ergebnisse des European Social Report aus dem Jahr 2009 vorgestellt werden. Er war Teil des oben genannten World Values Survey und Teil des Forschungsprojektes „Die sozialen und kulturellen Bedingungen des Wirtschaftswachstums“ (Originaltitel: The Social and Cultural Conditions of Economic Growth).<sup>21</sup> Die vorher oft genannten Nachbarländer Polen, Tschechische Republik und Slowakei bleiben dabei manchmal ungenannt. Sie befinden sich in dem Fall in den fünf Ergebnissen jeweils im unauffälligen Mittelfeld, beziehungsweise im europäischen Mainstream.

---

<sup>20</sup> Eine der vielen kritischen Stimmen aus dem liberalen Lager dazu („Schluss mit diesem vulgären, kitschigen Machiavellismus“) ist die von György Konrád, Ramsch-Land mit Ramsch-Regierung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (17. Januar 2012) 27.

<sup>21</sup> István György Tóth (Hg.), TÁRKI European Social Report (Budapest 2009), [http://www.tarki.hu/en/research/european\\_social\\_report/european\\_social\\_report\\_2009\\_full.pdf](http://www.tarki.hu/en/research/european_social_report/european_social_report_2009_full.pdf) (abgerufen am 15. April 2012). Der Bericht erschien als ein Ergebnis des Forschungsprogramms „The Social and Cultural Conditions of Economic Growth“ und war Teil des „World Values Survey“.

Ungarn befürworten eine Umverteilung durch den Staat (Tabelle 5) in möglichst vielen von sechs Politikbereichen zusammen mit Polen, Letten, Slowenen, aber auch Spaniern, Portugiesen und Iren, während Tschechen, Franzosen und Niederländer dies mehr als andere ablehnen. Der Staat ist also als Problemlöser mehr akzeptiert als anderswo, selbst dann, wenn der Bürger dadurch mehr Steuern zahlen muss, wie in der Frage eigens betont wurde, dass dies als Folge für die Zustimmung zu mehr Umverteilung durch den Staat in Kauf zu nehmen sei. Tabelle 6 zeigt den Einsatz des einzelnen in der Zivilgesellschaft. Ungarn sind wie Rumänen, Bulgaren und Polen zu siebzig bis achtzig Prozent Personen, die sich nicht in Zivilorganisationen engagieren und daran überhaupt nicht teilnehmen. Auf der anderen Seite des Spektrums sind Finnen und Schweden mit über 80 Prozent aktiven Mitgliedern. Tabelle 7 verweist auf das Spannungsverhältnis von Gemein- und Eigeninteresse. Rund zwölf Prozent der Griechen, Belgier, Italiener und Ungarn befürworten, für das Eigeninteresse Normverletzungen zu akzeptieren – jedoch nur zwei bis drei Prozent der Niederländer, Schweden, Dänen und Briten. Tabelle 8 überprüft, wie genau es der einzelne mit dem Deklarieren von Steuern nimmt: Ungarn sind zusammen mit Österreichern, Portugiesen und Letten, diejenigen, die das Nichtdeklarieren von Steuern am ehesten tolerieren. Am wenigsten hingegen tolerieren Zyprioten, Malteser, Schweden und Franzosen das Nichtdeklarieren von Steuern. Schließlich gibt Tabelle 9 Auskunft über das so genannte „passive“ Fortkommen, das heißt, dass die familiäre Herkunft entscheidend für das berufliche Fortkommen sei. Daran glauben drei von zehn Ungarn und sind damit einsame Spitzenreiter. In Rumänien, Italien und Österreich sind es weniger als zwei von zehn, und im Großteil der europäischen Länder unter einer von zehn Personen, die daran glauben, dass die familiäre Herkunft entscheidend für das berufliche Fortkommen sei.

Im europäischen Vergleich, insbesondere mit den Visegrád-Partnerländern Slowakei, Tschechische Republik und Polen ist es bemerkenswert, dass bei den drei Partnern die Zustimmungsraten sowohl zum wirtschaftlichen wie zum politischen System in etwa gleich sind (Tabellen 1 und 2). In anderen Worten, für die Bürger Polens, Tschechiens und der Slowakei korrelieren die politischen Freiheiten mit ihren wirtschaftlichen Erfahrungen im kapitalistischen System. Ungarn schert dabei aus. Demokratie befürwortet in Ungarn eine Mehrheit, das kapitalistische System aber nur eine Minderheit. Das heißt, dass die ungarischen Regierungen der vergangenen zwanzig Jahre wesentlich weniger als diejenigen der Nachbarländer in der Lage waren, das öffentliche Interesse bezüglich Wirtschaft und Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten durchzusetzen. Ungarns Sonderstellung scheint wohl auch mit dem Gulaschkapitalismus Kádár'scher Prägung zu tun zu haben. Tabelle 3 bekräftigt nämlich, dass Ungarn auch hier von allen anderen massiv abweicht.

Unter Kádár ging es vielen gut.<sup>22</sup> Offensichtlich scheint zu sein, wie Tabelle 4 darlegt, dass für Ungarn heute eher eine „starke Führungspersönlichkeit“ – ähnlich dem Autokraten Kádár, aber nun demokratisch legitimiert – aus der Krise führen kann und der bisherigen liberalen parlamentarischen Demokratie eine Absage erteilt wird. Diesem Führer wird auch ein Mandat für einen starken, umverteilenden Staat anvertraut, da Eigeninitiative und Selbsthilfe nicht zu den Tugenden der Bürger Ungarns zählen (Tabellen 5 und 6). Gleichermaßen sind Ungarn im Spannungsverhältnis Bürger – Staat eher bereit ein doppeltes Spiel zu treiben (Tabellen 7, 8, 9), da sie in der Region mehr als andere Normverletzungen für das Eigeninteresse tolerieren, weniger bereit sind, Einkommen für die Steuererhebung zu deklarieren und dem individuellen Fortkommen pessimistischer entgegen sehen. Im Visegrádländer-Vergleich sind Polen, wenn auch wesentlich abgeschwächer, dem ungarischen Schema am nächsten. Slowaken und insbesondere Tschechen finden sich jedoch auf der anderen Seite des Spektrums mit einem klaren Votum für das liberale System seit 1990, für die parlamentarische Demokratie, und für einen nicht-intervenierenden Staat. Für das brisante Verhältnis Bürger – Staat bezüglich Normverletzungen, Steuern deklarieren und Fortkommen sind die drei Visegrád-Staaten im unauffälligen Mittelfeld. Im gesamteuropäischen Vergleich korrelieren die Daten Ungarns am meisten mit jenen Litauens und jenen der südosteuropäischen (Bulgarien, Rumänien, bisweilen Griechenland) und osteuropäischen Länder, wo die Werte noch ausgeprägter sind (Ukraine, Russland). Zu Recht fragt ein Journalistenbeitrag in einem Interview mit dem Leiter der Studie, ob Ungarn mit den Werten und Haltungen, die sie vertreten, eher in einer osteuropäisch orthodoxen als in einer westeuropäisch aufgeklärten Tradition stehen: „Closer to the East or the West?“ lautet der Titel dieses Gesprächs.<sup>23</sup>

Im folgenden letzten Abschnitt werden zwei Themenbereiche aufgegriffen, die helfen können, diese Werte besser zu verstehen und die langfristig auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen, nämlich kulturelle Faktoren und Bildung. Beide Variablen können sowohl Ursache als auch Ergebnis der vorliegenden Wertordnungen sein können. Sie werden hier im Vergleich mit den Erfahrungen in deutschsprachigen Ländern dargestellt.

---

<sup>22</sup> Zynisch könnte angemerkt werden, dass die Schulden, die seine Politik auftürmte, tatsächlich auch erst in der Nach-Kádárzeit beglichen werden mussten und so zum negativen Image des kapitalistischen Systems beitragen.

<sup>23</sup> Eszter Rádai, István György Tóth, Closer to the East or the West? Eszter Rádai Talks with György István Tóth. *The Hungarian Quarterly* 197 (2010); online abrufbar: <http://www.eurozine.com/articles/2010-03-30-tothen.html> (abgerufen am 10. April 2012).

## 5. Werte und politische Kultur: Erfahrungen in vergleichender Perspektive

Unter den kulturellen Faktoren werden drei näher beleuchtet: das Verhältnis Bürger – Staat mit den daraus erwachsenen Rechten und Pflichten, das Thema Konsensorientierung, und ein Aspekt des in Ungarn vielfach verbreiteten Kulturpessimismus.

Was das Verhältnis Bürger und Staat – die Rechte und Pflichten beider Seiten – angeht, wird der Leser der vorhergehenden Wertestudien an ein Paradoxon erinnert, das sehr häufig anzutreffen ist: der ungarische Bürger kennt sehr genau seine eigenen Rechte wie auch die Pflichten des ungarischen Staates. Die Leerstelle ‚Pflichten des Bürgers – Rechte des Staates‘ weist darauf hin, dass der postkommunistische Staat, und selbst der heutige EU-Mitgliedsstaat Ungarn, ein schwacher Staat ist, dem es nur eingeschränkt gelingt, das öffentliche Interesse durchzusetzen. Ein großer Teil der Verantwortung trifft hier die politischen Eliten, die genau das kommunizieren. Der Leiter des genannten „European Social Report“ bekräftigt im Interview, dass Eliten gegenüber ihren Wählern stets die individuellen Rechte der Bürger unterstreichen und kaum auf deren Pflichten verweisen.<sup>24</sup> *Paul Lendvai*, der berühmte österreichische Journalist ungarischer Herkunft, meinte einmal in einer öffentlichen Veranstaltung an der Andrassy Universität Budapest, dass der Österreicher sich nicht vor der Polizei oder ähnlichen Amtsgewalten fürchtet – wie das in Gesellschaften der Fall ist, die lange als Diktaturen regiert wurden –, sondern am meisten vor dem Finanzamt. Hier, meine ich, ist in Ungarn Nachholbedarf. Ein simples Beispiel wäre die vielfach verbreitete Praxis der oft gepriesenen Klein- und Mittelbetriebe, Monat für Monat große Teile des Gehaltes schwarz auszuzahlen. Hier muss der Staat sein Recht deutlicher einfordern und fortgesetzte schlechte Praxis unterbinden.

Das Thema Arbeit und Arbeitsgesetzgebung verweist auf die wichtige Rolle der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretung als organisierte Interessensvertretung. Unabhängig davon, ob man nun die eine oder die andere Seite gestärkt sehen möchte, würde eine substantielle Einbindung zur Formalisierung vieler Abläufe und damit zu mehr Transparenz und einer Art Qualitätssicherung des Produktionsfaktors Arbeit beitragen. Das mag für einige Akteure auch mehr Kontrolle bedeuten – dies jedoch zum Vorteil der meisten Beteiligten.

---

<sup>24</sup> Siehe *Rádai und Tóth*, *East or West*, 4.: „In the relationship of the individual and the state, opinion leaders emphasize the individuals’ rights but soft-pedal their duties. They stress the state’s obligations towards the recipients of social services but they are quiet about the authorities’ duty to press taxpayers to fulfil their obligations.“ Ungarn würden noch immer die Steuerlasten, die durch Wohlfahrtsregime erzeugt werden, unterschätzen, so ein weiterer Rückschluss.

Bezüglich des zweiten kulturellen Faktors, der hier angeführt werden soll, der Konsensorientierung, gibt es viele Beispiele. In der Schweiz werden seit Jahrzehnten alle Parteien, die in der ersten Parlamentskammer vertreten sind, entsprechend ihrer Stärke – enigmatisch als „Zauberformel“ bezeichnet – in die Regierung eingebunden. Oder: Die skandinavischen und deutschsprachigen Länder zeichnen sich durch eine hohe Konsenskultur aus, die, im Gesetzgebungsprozeß verwirklicht in den Fachausschüssen des Parlamentes, die Interessen der Opposition berücksichtigt und sie in die Entscheidungsfindung einbindet. In Österreich fand und findet gesellschaftlicher Interessenausgleich in Form der viel gepriesenen ‚Sozialpartnerschaft‘ statt, eine Institution, die auch dann nicht in Frage gestellt wurde, als Österreich durch einige Wahlzyklen hindurch Einparteienregierungen hatte mit einem Kanzler an der Spitze, der von seinen Kritikern als „Sonnenkönig“ bezeichnet wurde.<sup>25</sup> Einen Kompromiss finden wird in den genannten Ländern als Erfolg gewertet, in Ungarn in der Regel als Niederlage. Es gibt in Ungarn offenbar wenig oder keine Bereitschaft, Abstriche vom eigenen Programm zu machen und darin den Mehrwert für die gesamte Gesellschaft zu sehen. Auch Fehler einzugestehen und deshalb den Kurs nachhaltig unter Einbindung der kritischen Stimmen zu ändern, scheint fast ein Ding der Unmöglichkeit zu sein, obwohl es der Problemlösung dienen würde. Konsensorientierung ist nämlich in der Regel Sachpolitik. *Robert Putnam's* berühmte Studie über zivile Traditionen in Italien bekräftigt diesen Sachverhalt. Das überwältigende Ergebnis seiner Studie, die verschiedene Regionen in Italien vergleicht, lautet, dass der Grad der Zivilgemeinschaft und damit verbunden auch der wirtschaftliche Erfolg korreliert mit der Bereitschaft, Kompromisse zu schließen. Verlässlichkeit, Vertrauen, Beständigkeit, Kontinuität, Vorhersehbarkeit, Berechenbarkeit waren im Italien des ausgehenden 19. und des gesamten 20. Jahrhunderts die wesentlichen Ingredienzien für eine kontinuierliche langfristige Aufwärtsentwicklung. Sie fand vor allem in jenen Regionen statt, in denen im zivilen Zusammenleben diese Werte besonders beachtet wurden.<sup>26</sup> Dies sind offensichtlich die Werte, die im Ungarn des Jahres 2012 fehlen. So konstatieren Fachleute, die das abzuschließende Abkommen IWF – Ungarn analysieren, nicht „harte“ wirtschaftliche Eckdaten Ungarns als problematisch, sondern jene „weichen“ kulturellen Faktoren. Es sind Faktoren wie

---

<sup>25</sup> Gemeint ist Bruno Kreisky, der von 1970-1983 österreichischer Bundeskanzler war und dies von 1971-1983 in Alleinregierungen der Sozialistischen Partei.

<sup>26</sup> Dies sind vor allem Regionen im Norden und im Zentrum des Landes, allen voran die Emilia-Romagna, gefolgt von Venezien und der Lombardei. *Robert Putnam, Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy* (Princeton: Princeton University Press 1994), insbesondere der Abschnitt „Economic Development and Civic Traditions“, 152-163.

„Unberechenbarkeit“ und das „Fehlen von Rechtssicherheit“, die Ungarn international unattraktiv machen und die die internationalen Märkte leicht ausnützen können.<sup>27</sup>

Zum dritten Faktor, dem Kulturpessimismus, soll hier lediglich auf einen Aspekt verwiesen werden. Eine spezifisch mitteleuropäische, ungarische – oder eventuell postkommunistische – Konstellation ist die Verbindung des Kulturpessimismus mit der konfrontativen politischen Kultur, eventuell vergleichbar mit jener in Deutschland und Österreich in den Jahren der Zwischenkriegszeit. Sie findet in Form der Schuldzuweisung statt. „Die anderen sind schuld“ ist, insbesondere in der kompromisslosen Rhetorik der politischen Rechten, vielfach ein Grundwert.<sup>28</sup> Eine Konsenskultur macht das einfache Schuld zuweisen sehr schwierig, da ja gemeinsam entschieden wurde. Konsenskultur fordert die Professionalität und strapaziert womöglich die Nerven der Verhandler, erntet jedoch langfristig gesellschaftlichen Frieden.

## 6. Werte und Bildung: Erfahrungen in vergleichender Perspektive

Ein weiteres Fallbeispiel ist der Bereich Bildung, der die Wende zum marktwirtschaftlichen System noch nicht hinreichend bewältigt zu haben scheint. In den Reformanstrengungen könnte auch der Blick in andere Länder weiterhelfen. Dies erfolgt nun am Beispiel der Pflichtschule, der Mittelstufe und der tertiären Stufe.

Mehr und mehr ist die zentrale Herausforderung die Grundschulausbildung, vor allem in den ländlichen Peripherien. Ungarische Regierungen und Steuerzahler sollten bereit sein, in die ärmsten zehn Prozent ihrer Bevölkerung zu investieren, und zwar aus eigenem Willen und nicht nur den europäischen Partnern zuliebe. Die lokalen Träger sollen fördern und fordern, weil die Arbeitskraft, die lesen, schreiben und rechnen kann, in den nächsten dreißig Jahren – im Unterschied zu jener, die das nur mangelhaft kann – händeringend gesucht werden und den Wohlstand des Landes vergrößern wird. Dies deshalb, weil es in einem Europa der Arbeitsmarktfreizügigkeit bei sinkenden

---

<sup>27</sup> [K]ülföldi és belföldi elemzők, akik a legnagyobb bajnak a kiszámíthatóság és a jogbiztonság hiányát tartják.” Zoltán Farkas, *Segélyhívó számok*, in: HVG 21 (2012), 26. Mai 2012, 59.

<sup>28</sup> Da sie mehr als alle anderen für sich beansprucht, die Nation zu vertreten, wird die nationale Keule leicht als Knock-out-Argument eingesetzt, nach dem Motto ‚Wer gegen uns ist, ist gegen die Interessen des Landes‘.

Geburtenraten zu einer Abwanderung des mobileren mittleren und oberen Segments in die industriellen Zentren Westmitteleuropas kommen (und somit für das Inland wegbrechen) wird.<sup>29</sup>

Herausgefordert ist demnach genauso die Mittelstufe. Die aktuelle Fidesz-Regierung kam mit ihren Plänen, dass ein Schüler mit sechzehn Jahren ausgeschult sei, unter massive Kritik. Angesichts der Jugendarbeitslosigkeit ist dies auch eine sehr sensible Angelegenheit. Andererseits ist es gerade die Altersgruppe der 15-20-Jährigen, für die Alternativen jenseits des Klassenraums zu entwickeln wären; Alternativen, die die Schnittstelle Bildung und Wirtschaft besser in den Griff bekommen. Ein Slogan in Österreich lautet „Karriere mit Lehre“. In Deutschland heißt diese – sehr erfolgreiche! – Strategie zur Professionalisierung dieser Nachwuchsgruppe „Duales Bildungssystem“. Dual heißt, dass Auszubildende sowohl in der Theorie wie in der Praxis gleichermaßen ausgebildet werden.<sup>30</sup> Eine zentrale Rolle kommt hier den Wirtschaftstreibenden, den „Meistern“ aus der Praxis, zu. Sie wären ihrerseits zu fördern: es muss sich wirtschaftlich und sozial rentieren, ein in der Lehrlingsausbildung „ausgezeichneter“ Betrieb zu sein. Kammern, und nicht nur der Markt, spielen dabei oft die Rolle eines Qualitätssicherungssystems. Im Nachbarland Österreich zeigen die sehr umfangreichen Weiterbildungsangebote sowohl der Arbeiterkammer wie auch der Wirtschaftskammer die Wichtigkeit und Nachfrage, und damit auch die Relevanz und Akzeptanz dieser Institutionen im lebenslangen Bildungsprozess an.

Für den universitären Bereich im Bereich der technischen Fächer gilt ähnliches: eine bessere Verschränkung von Ausbildungscurricula und Arbeitsmarkterfordernissen ist die Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft. Ein Beispiel aus Österreich (ohne nationale Scheuklappen bezüglich des Verhältnisses Österreich – Deutschland): Eine Bildungsreform, teilweise nach deutschem Vorbild, vor mittlerweile zwanzig Jahren war die Etablierung von Fachhochschulen, die mit angewandter Wissenschaft genau an der Schnittstelle Bildung und Wirtschaft agieren. In den allermeisten Lehrgängen ist dies eine Erfolgsgeschichte ohne Gleichen. Die Absolventen der Fachhochschulen bilden mit ihrem technischen Know-How ein Rückgrat der Mittelbetriebe und sind heute aus der österreichischen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken.

---

<sup>29</sup> Karl-Heinz Paqué, Das Ende einer Illusion. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. April 2011, 12.

<sup>30</sup> Selbst im liberalen britischen Economist gibt es lobende Worte dafür. Im Economist Multimedia Report „Germany's Mittelstand. A model of success“ (abrufbar unter [www.economist.com/multimedia](http://www.economist.com/multimedia)) wird berichtet, dass in vielen Ländern eine weite Lücke klafft zwischen Universitätsabsolventen und unausgebildeten Arbeitern. Nicht so in Deutschland: „In Germany vocational training is much better. Skilled blue collar workers are the heart and soul of the Mittelstand.“ Die fortwährende Weiterbildung der Arbeitskräfte sei eines der Erfolgsgeheimnisse der deutschen Wirtschaft, so der Rückschluss.

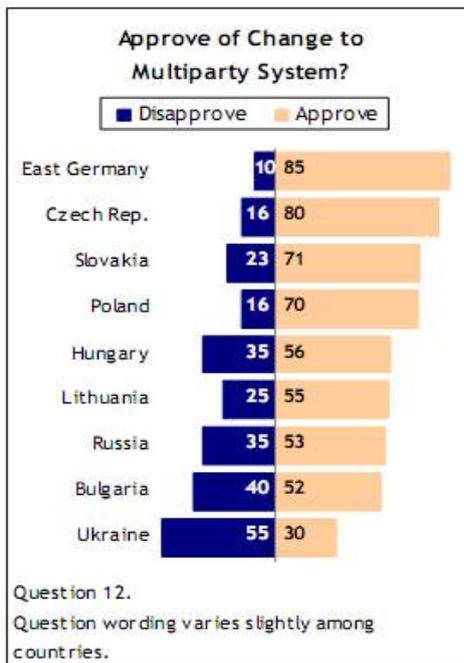
## 7. Schlussbetrachtung

Ein roter Faden, der sich durch den Beitrag zieht, ist die Notwendigkeit einer besseren Bindung der politischen Eliten an die Erfordernisse einer sich modernisierenden Wirtschaft und Gesellschaft. Dies kann, dem eingangs zitierten Péter Ákos Bod vorsichtig folgend, durchaus zu einer Neubewertung des Rechte- und Pflichtenheftes von Bürger und Staat führen. In Abwandlung der viel zitierten Aussage des ungarischen Premierministers, der im April 2010 von einer „Revolution in den Wahlkabinen“ sprach, misst sich die Qualität der Politik und der Demokratie eines Landes vor allem darin, was in der alltäglichen Praxis in den vier Jahren zwischen den Wahlgängen passiert. Kornai und viele weitere registrieren hier zu Recht eine mangelnde Einbindung der betroffenen Gesellschaftsgruppen und monieren, dass die Regierung dem eigenen Machtausbau und Machterhalt alle anderen Ziele unterordnete, und diese Vorgehensweise wiederum einen Schatten auf das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes wirft.<sup>31</sup>

Eine Kunst der Politik besteht darin, die Bedürfnisse der Gesellschaft besser mit den Erfordernissen der Wirtschaft in Einklang zu bringen, nicht als Sklave des Kapitals, sondern als verlässlicher Partner im Interesse der Gesellschaft als Ganzes, wobei der Faktor ‚Arbeit‘ im Zentrum aller Überlegungen stehen sollte. Erst wenn diese Bindung, die top-down und bottom-up-Prozesse klug verschränkt und zu einer breit akzeptierten Dynamik verhelfen kann, deutlicher erkennbar wird, wird auch das aktuell vorherrschende wirtschaftliche System die Legitimation erhalten, die es verdient.

---

<sup>31</sup> Kornai erkannte acht Monate nach Amtsantritt kein ausgewiesenes Ziel der Wirtschaftspolitik: „As far as the economy is concerned, I have not really been able to discern what the aim is.“ (*Kornai*, Számvetés [Kassensturz] 9). Zwanzig Monate nach Amtsantritt: „[...] autocratic rule, unbridled centralization and excessive expansion of state activity are incompatible with healthy running of a modern capitalist market economy. Following this road it will be impossible to raise the Hungarian economy out of the trap, out of stagnation and onto a path of sustainable growth. And we will all be the sufferers by that, present and future generations.“ (*Kornai*, Központosítás [Zentralisierung], 16).



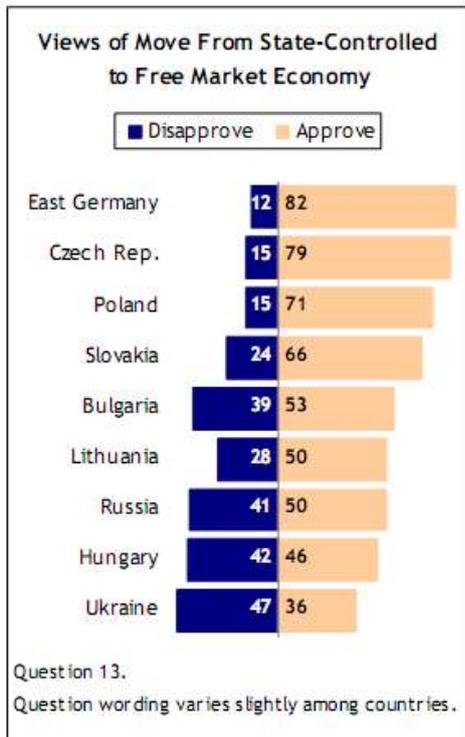
1. Abbildung: Zustimmung zu Demokratie<sup>32</sup>

**But Support for  
 Multiparty System Declines**

	% Approve		
	1991	2009	Change
	%	%	
Ukraine	72	30	-42
Bulgaria	76	52	-24
Lithuania	75	55	-20
Hungary	74	56	-18
Russia	61	53	-8
East Germany	91	85	-6
Czech Rep.	80	80	0
Slovakia	70	71	+1
Poland	66	70	+4

Question 12.  
 Question wording varies slightly among countries.

<sup>32</sup> *Pew Global Attitudes Project, Two Decades After the Wall's Fall. End of Communism Cheered but now with more Reservations* (Washington, D.C. 2009), 29f; <http://www.pewglobal.org/files/pdf/267.pdf> (abgerufen am 15. April 2012).



2. Abbildung: Zustimmung zu Kapitalismus<sup>33</sup>

**Declining Support for Economic Changes**

	1991	2009	Change
% Approve	%	%	
Hungary	80	46	-34
Lithuania	76	50	-26
Bulgaria	73	53	-20
Ukraine	52	36	-16
Poland	80	71	-9
Czech Rep.	87	79	-8
Russia	54	50	-4
East Germany	86	82	-4
Slovakia	69	66	-3

Question 13.  
 Question wording varies slightly among countries.

<sup>33</sup> ebd. 37f.

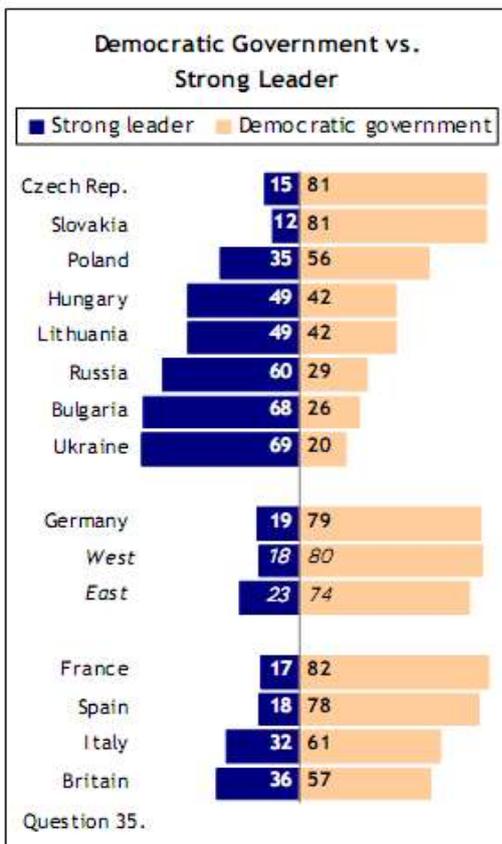
**Compared With Communism,  
 Current Economic Situation Is...**

	Better	Worse	About the same	DK
	%	%	%	%
Poland	47	35	12	6
Czech Rep.	45	39	12	3
Russia	33	45	15	7
Slovakia	29	48	18	5
Lithuania*	23	48	15	14
Bulgaria	13	62	18	7
Ukraine	12	62	13	12
Hungary	8	72	16	5

“Would you say that the economic situation for most [survey country’s people] today is better, worse, or about the same as it was under communism?” (Q19)  
 \* Question wording varies slightly in Lithuania.

3. Abbildung: Bessere oder gleiche Lebensverhältnisse

als im Kommunismus<sup>34</sup>



4. Abbildung: Zustimmung zu “demokratische Regierung”<sup>35</sup>

<sup>34</sup> ebd. 40.

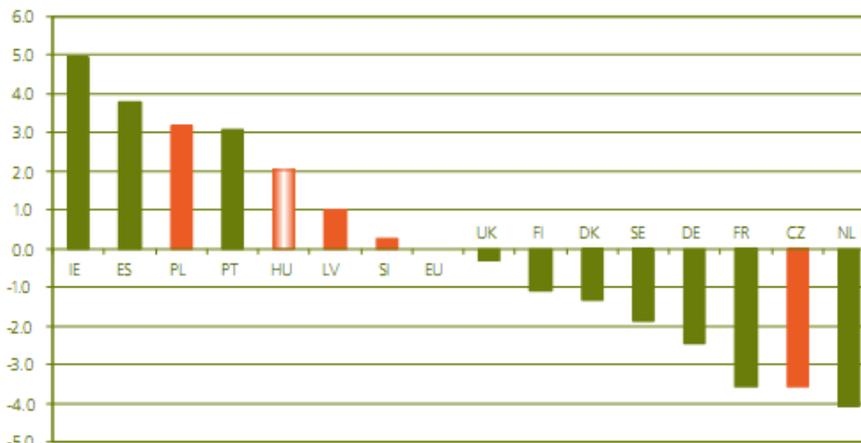


Figure 3.5: Redistributive Attitude Index – the level of support for government intervention, by country

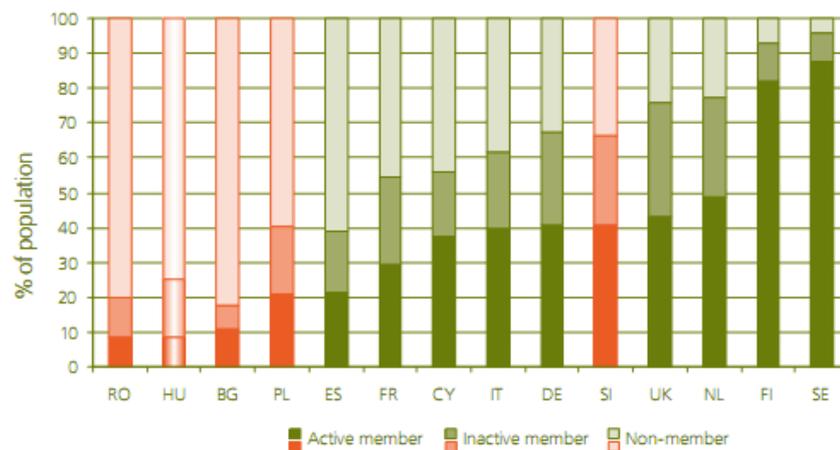
Source: author's calculations based on the ISSP (2006) data.

Note: A higher index value indicates a stronger preference for government intervention or redistribution.

5. Abbildung: Umverteilung durch den Staat<sup>36</sup>

Figure 4.4: The proportion of participation in non-governmental organizations

Source: WVS, wave 5.



6. Abbildung: Teilnahme an Zivilorganisationen<sup>37</sup>

<sup>35</sup> ebd. 26.

<sup>36</sup> Johanna Giczi, Endre Sik, Trust and social capital in contemporary Europe, in: TÁRKI European Social Report (hg. von István György Tóth, Budapest 2009), 68.

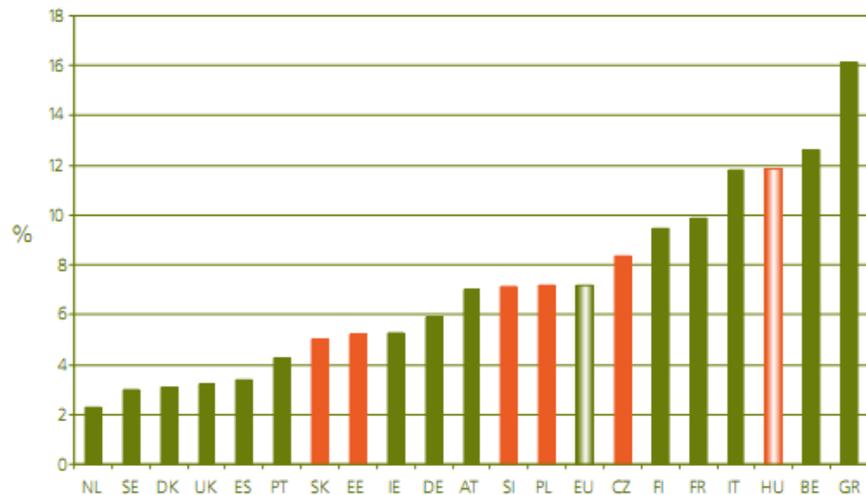
**Figure 9.6: Percentage of people accepting norm violation motivated by self-interest, by country (%)**

Source: author's calculations based on the European Social Survey (ESS), round 2 (2004/05) data.

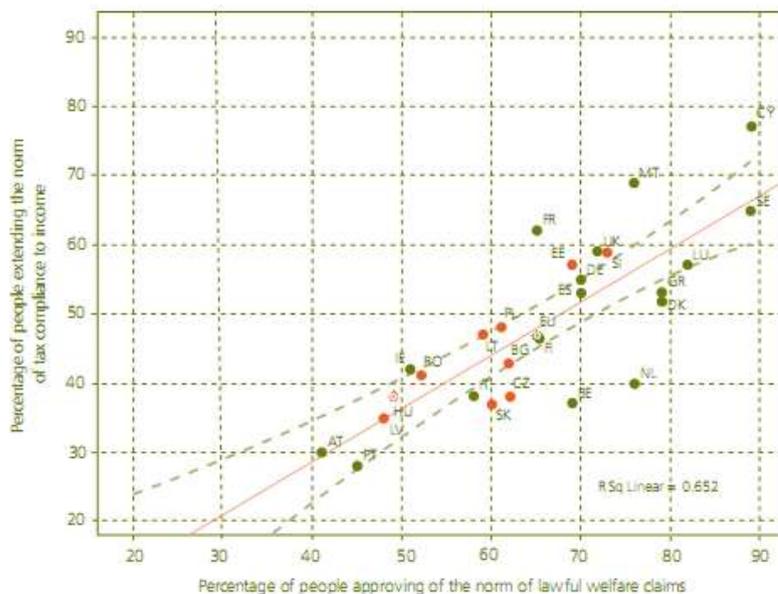
Notes:

The question: "If you want to make money, you can't always act honestly." Percentage of people choosing "strongly agree" on a five-point scale.

No data are available for Bulgaria, Cyprus, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta or Romania.



**7. Abbildung: Anteil jener, die für das Eigeninteresse Normverletzungen akzeptieren<sup>38</sup>**



**Figure 9.1: The relationship between the norm of tax compliance and that of lawful welfare claims, by country**

Source: author's calculations based on the Special Eurobarometer 284/673 data (2007). [See European Commission (2007a) for further results of the survey.]

Notes:

Y-axis: "Now I would like to know how you assess various behaviours. For each of them, please tell me to what extent you find it acceptable or not. Please use the following scale: '1' means that you find it 'absolutely unacceptable' and '10' means that you find it 'absolutely acceptable'. Someone evades taxes by not or only partially declaring income." Percentage of people choosing "absolutely unacceptable".

**8. Abbildung: Zustimmung zu ‚Einkommen ist zwecks Steuererhebung zu deklarieren‘ (y-Achse) und Zustimmung zu ‚zustehende Leistungen des Wohlfahrtsstaates sollen in Anspruch genommen werden‘ (x-Achse)<sup>39</sup>**

Beispiel: Österreicher sind tolerant gegenüber Steuersündern, Schweden nicht (y-Achse); Österreicher gönnen sich und ihren Mitbürgern kaum die Leistungen des Wohlfahrtsstaates, Schweden sehr wohl (x-Achse).

<sup>37</sup>Tamás Keller, On the social norms regulating economic morality – norms obeyed and norms defied, in: TÁRKI European Social Report (hg. von István György Tóth, Budapest 2009), 158.

<sup>38</sup>Ebenda, 153.



Dr. Christopher Walsch  
*Ohne Bodenhaftung. Ungarns Mühen mit der Marktwirtschaft  
seit dem politischen Wandel 1990*



**Donau-Institut Working Papers**  
**ISSN 2063-8191**

---

**Kopien können bestellt werden bei:**

Universitätsbibliothek  
Andrássy Universität Budapest  
PF 1422  
1464 Budapest  
Hungary

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut>. Wir machen sie darauf aufmerksam, dass wir die Weitergabe des entsprechenden Working Paper einstellen, falls eine revidierte Version für eine Publikation an anderer Stelle vorgesehen ist.